

II-9424 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 475711

1989-12-14

A N F R A G E

der Abgeordneten Parnigoni
und Genossen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Privatisierung des "Österreichischen Verkehrsbüros"

Im Frühjahr 1990 soll laut Zeitungsberichten das im Bundesbesitz befindliche "Österreichische Verkehrsbüro" mit einem derzeitigen Umsatz von 2,5 Milliarden Schilling privatisiert werden. Derzeit läuft die Bewertung des Unternehmens.

Seitens der ÖVP werden Privatisierungsüberlegungen oftmals aus ideologischen und nicht aus sachlichen Notwendigkeiten gefordert.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten nachstehende

A n f r a g e :

1. Welche sachpolitischen Gründe gibt es für Privatisierungsbestrebungen des "Österreichischen Verkehrsbüros"?
2. Ist die Mehrheitsbeteiligung des Staates sichergestellt und in welcher Höhe?
3. Werden die bisherigen Partner, wie etwa AUA usw. in eine solche Überlegung eingebunden?
4. Wenn ja, wer und in welcher Form?
5. In welcher Größenordnung sollen Mitarbeiter und Kleinanleger Anteile erwerben können?